

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Thorn bei der Expedition Brückenstraße 10, und bei den Depots 2 Rm., bei allen Post-Anstalten des Deutschen Reichs 2 Mt. 50 Pf.

Insertionsgebühr

die 5gesparte Petzelle oder deren Raum 10 Pf.
Inseraten-Annahme in Thorn: die Expedition Brückenstraße 10.
Heinrich Nek, Coppernusstraße.

Thorner Ostdeutsche Zeitung.

Inseraten-Annahme auswärts: Strasburg: A. Führich. Inowrazlaw: Justus Wallis, Buchhandlung. Neumark: J. Köpke. Graudenz: Gustav Röthe. Lautenburg: M. Jüng. Gollub: Stadtkämmerer Amtien.

Redaktion u. Expedition:
Brückenstraße 10.

Inseraten-Annahme auswärts: Berlin: Haasestein u. Vogler, Rudolf Mosse, Bernhard Arndt, Mohrenstr. 47. G. L. Daube u. Co. und sämtliche Filialen dieser Firma Kassel, Coblenz und Nürnberg 2c.

Die neueste Anwendung des Sozialistengesetzes und die Presse.

Wieder einmal wiederholt sich die auffällige Erscheinung, daß die Regierungspresse die ihr obliegende Aufgabe, die Maßregeln der Regierungsbehörden zu erläutern und wenn nötig zu vertheidigen, völlig ignorirt. In den letzten Tagen ist nach zwei Richtungen hin eine absolut neue und auf den ersten Blick mit der bisherigen Handhabung des Sozialistengesetzes nicht im Einklang stehende Anwendung dieses Ausnahmegesetzes erfolgt, durch welche nicht nur das Rechtsbewußtsein des Volkes, sondern auch das Interesse weiterer Kreise in Mitteidenschaft gezogen wird. Die Regierungspresse aber macht auch nicht den leisen Versuch, das Verfahren der Behörden zu rechtfertigen. Die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ hat Zeit und Raum zu spaltenlangen Erörterungen über die Frage, weshalb Herr Dr. Bamberger vor 9 oder 13 Jahren bezüglich der fünfjährigen Legislaturperioden anderer Ansicht als jetzt oder vor 2 oder 6 Jahren gewesen ist. Sie untersucht mit der Lupe die Aeußerungen der freisinnigen Presse über diese Frage, um an irgend einer Stelle zum wenigsten den Schein einer Meinungsverschiedenheit zu entdecken, obgleich die Haltung der freisinnigen Partei bei der Beschlussfassung im Reichstage nur dann in Betracht kommen würde, wenn nicht nur das Zentrum, sondern auch ein nemenswerther Theil der Nationalliberalen der 5jährigen Legislaturperiode ihre Zustimmung verfagten sollte. Ein anderes Mal ergeht sich das offiziöse Blatt in den hämischsten Verdächtigungen der freisinnigen Partei und ihrer Führer, die es bald als die bestiehenden Konkurrenten der Sozialdemokraten, bald als gesinnungslose Nachbeter der Herren Liebknecht und Gen. verstopft. Erst gestern wieder veranlaßt die Thatsache, daß Frh. v. Stauffenberg auf dem Liberalen-Fest in München an die Solidarität der liberalen Parteien erinnert hat, die „Nordd. Allg. Ztg.“ zu einer langen Auseinandersetzung, in welcher Frh. v. Stauffenberg und diejenigen, die denselben Ansicht sind, wie er, als Träumer verhöhnt werden. Als ob wirklich Gefahr vorhanden sei, daß die Nationalliberalen sich von dem mit den Konservativen abgeschlossenen Kartell lossagen könnten! Gleichwohl würde Niemand an solchen Erörterungen Anstoß nehmen, wenn

es der offiziösen Presse an Stoff fehlte. Aber wozu ist denn diese offiziöse Presse da, wenn sie sich nicht der Pflicht bewußt bleibt, die Regierung zu unterstützen und zu vertheidigen. Wenn die „Nordd. Allg. Ztg.“ die logischen Kreuz- und Quersprüche, deren sie sich bei Bekämpfung der freisinnigen Partei bedient, in Anwendung bringen wollte, um nachzuweisen, daß der Extrablattschwindel in Berlin und die freisinnige Presse, wie die „Elmsh. Ztg.“ in Schleswig-Holstein mit Hilfe des Sozialistengesetzes abgethan werden muß, so würde sie sich doch vielleicht nicht ganz vergeblich bemühen. Die Freisinnigen freilich wird sie nicht davon überzeugen, daß die erste Maßregel mit dem Wortlaut, die zweite mit dem Sinne des Sozialistengesetzes nicht im Widerspruch stehe. Vielleicht aber beruft sich die „N. A. Z.“ gerade darauf, daß die „nationalen“ Parteien einer solchen Belehrung gar nicht bedürfen. Und in der That scheint es sich so zu verhalten. Die konservative Presse schweigt, die Presse derjenigen Partei aber, welche Herr v. Stauffenberg ermahnte, nicht zu vergessen, daß die Nationalliberalen liberal sein müßten, begnügt sich damit von „Mitschriften“ zu sprechen, deren Korrekturen mit Bestimmtheit zu erwarten sei. Diese Floskel kennt man schon. Seit Jahren wird bei jeder passenden Gelegenheit dieser Erwartung Ausdruck gegeben. Wird dieselbe nicht erfüllt, so hält man sich in ein bereutes Schweigen, weil man angesichts der Hetzereien der offiziösen Presse eine Uebereinstimmung mit der Freisinnigen nicht tun zu geben wagt. So wird denn die Demoralisierung der öffentlichen Meinung geradezu systematisch oder wenigstens bei vollem Bewußtsein befördert, indem man das Rechtsgefühl der Parteigenossen einschläfft. Da ist es begreiflich, daß die nationalliberalen Partei möglichst kurze ReichstagsSESSIONEN — von einigen Wochen, wie neulich das Parteiorgan bemerkte — und möglichst seltene Neuwahlen wünscht, damit die Wählerschaft nur ja nicht aus dem Halbschlummer, in dem sie durch die Presse eingelullt wird, erwachen möge. Das ist die Saat. Die Frucht dieser mattherzigen und furchtsamen Taktik wird weder der Regierung noch ihren Parteigängern zu Gute kommen.

Deutsches Reich.

Berlin, den 6. Oktober.

Der Kaiser nahm, wie aus Baden-Württemberg gemeldet wird, gestern Vormittag in gewohnter Weise die regelmäßigen Vorträge entgegen, empfing einige Militärs zur Entgegennahme persönlicher Melbungen und arbeitete vor einer Spazierfahrt längere Zeit mit dem Wirk. Geh. Rath v. Wilmowski. Später empfing der Kaiser den Besuch einiger Fürstlichkeiten. Das Befinden des Kaisers ist vortrefflich. Über die Rückkehr desselben von Baden-Baden nach Berlin ist gegenwärtig noch nichts bekannt.

— Ihre Majestät die Kaiserin und Königin

hat dem Zentral-Komitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz zu Berlin folgendes Dankeschreiben zugehen lassen: Die Glückwünsche des Zentral-Komitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz erwider ich unter dem erfreulichen Eindruck der in Karlsruhe so befriedigend verlaufenen internationalen Konferenz, an deren Arbeiten Vertreter benachbarter und ferner Nationen in eimüthiger Gemeinsamkeit beteiligt waren. Das hier bewährte gegenseitige Verständniß ist ein Schritt weiter zu dem erstrebenwerthen Ziel, den Friedensgedanken der freiwilligen Helferthätigkeit weit hin zu verbreiten und um so leistungsfähiger zu gestalten. Das Zentral-Komitee unserer Vereine ist Meiner Anerkennung und Dankbarkeit für seinen ehrenvollen Anteil an diesem schönen Erfolge gewiß, und Ich freue Mich, derselben heute herzlichen Ausdruck geben zu können.

Baden-Baden, den 1. Oktober 1887.

Augusta.

— Am 21. v. Mts., als am Geburtstage des Herzogs von Cumberland, hatte der Graf v. d. Schulenburg in Braunschweig ein Telegramm nach Gmunden gesandt mit der Adresse: „An den Herzog von Braunschweig und Lüneburg“. Dieses Telegramm erhielt der Graf mit dem Bemerkung zurück: „Adressat unbekannt.“ Auf erhobene Beschwerde rechtfertigte die Oberpostdirektion die Zurückweisung des mit dem § 1 III der Telegraphenordnung vom 13. August 1880 unvereinbaren Telegramms. Es heißt in diesem Paragraphen: „Private Telegramme, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles oder der Sittlichkeit für unzulässig erachtet wird, werden zurückgewiesen. Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Inhalts steht dem

Vorsteher der Aufgabeanstalt bezw. der Zwischen- oder Ankunftsanstalt oder dessen Vertreter, in zweiter Instanz der dieser Anstalt vorgesetzten Ober-Postdirektion und in letzter Instanz dem Reichspostamt zu, gegen dessen Entscheidung eine Berufung nicht stattfindet. Bei Staatstelegrammen steht den Telegraphenanstalten eine Prüfung der Zulässigkeit des Inhalts nicht zu.“ — Der heutige „Reichs-Anzeiger“ enthält folgende Bekanntmachung auf Grund des Reichsgesetzes von 21. Oktober 1878: „Das unter dem 28. September cr. erlassene Verbot der „Elmshorner Zeitung“ wird hiermit aufgehoben. Schleswig, 5. Oktober 1887. Königliche Regierung. Abteilung des Innern.“ Das Verbot vom 28. September trug die Unterschrift des Geh. Ober-Regierungs-Raths Hanßen, der am 1. Oktober in den Ruhestand getreten ist. Es ist erfreulich, daß die Regierung in Schleswig der Beschwerde des Herausgebers an die Reichskommission zuvorgekommen ist und zwar, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, auf Grund einer telegraphischen Anordnung des Ministers des Innern. Was wird nun das konservative „Deutsche Tageblatt“ sagen, welches an die Nachricht von dem Verbot folgende Anwendung knüpft: „Uns (d. h. dem „Deutschen Tageblatt“) geht aus dem Verbot zunächst wieder die Wahrheit hervor, daß der verbitterte Theil der Freisinn in seiner ohnmächtigen Wuth immer mehr zur Sozialdemokratie herabsinkt.“ Von dieser Wahrheit scheint selbst Minister v. Puttkamer nichts zu wissen.

— Dem Bundesthau ist der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung, betreffend die Militär-Transportordnung für Eisenbahnen im Frieden zugegangen.

— Beihufs Revision der kaiserl. Verordnung vom 4. Januar 1875 betr. den Verkehr mit Arzneimitteln tritt am 24. Oktober unter Vorsitz des Direktors G. R. Köhler im Reichsgerichtsamt eine Kommission von Sachverständigen zusammen.

— Über die Gefangennahme des Königs Malietoa von Samoa liegen zur Stunde noch keine eingehenden Nachrichten vor. Nur wird im ersten aus Sidney eingetroffenen Telegramm noch gesagt, Malietoa werde verbannt. Das Kanonenboot „Adler“, an dessen Bord er gebracht wurde, segelte mit versiegelten Ordres.

Fenilleton. Aus unserer Zeit.

Original-Novelle von Mary Dobson.

33.) (Fortsetzung)

„Das mag sein, Onkel,“ entgegnete er ruhig, allein ich gebe Dir nochmals die Sicherung, keinerlei Dokument von ihm für Dich erhalten zu haben, wenngleich er mir gesagt, daß er Dir kürzlich geschrieben!“

„Und durch diesen Brief habe ich von seinem Testamente erfahren,“ antwortete ich ihm, und konnte mich nicht enthalten ihn dabei anzusehen, doch war er so unbefangen wie zuvor, daß ich seinen Worten Glauben schenken mußte! Einige Augenblicke nachdenkend fuhr er dann fort:

„Weshalb sollte im Grunde Otto ein Testament machen? — Im Fall seines frühzeitigen Todes bist Du sein einziger Erbe — —“

„Der Fuchs!“ unterbrach hier Doktor Horst mit Nachdruck.

„Da er bei seiner Aussage blieb,“ fuhr Herr Werner fort, „bemerkt ich nur noch, daß möglicherweise mein Sohn seine Absicht geändert habe — —“

„Das war sehr richtig von Ihnen,“ entgegnete lebhaft der Anwalt, „denn wir werden die Wahrheit doch bald genug erfahren, und müssen sie erfahren, damit wir wissen, mit wem wir es hier zu thun haben. Ich will nur gleich an Ihren Sohn schreiben — —“

„Thun Sie das, lieber Freund,“ erwiderte eifrig der Greis. „Lebrigens ist es schließlich gleichgültig, wo das Testament geblieben, im Fall er es erhalten, da wir doch gewiß bald die Nachricht bekommen, daß Otto das andere gemacht und sicher deponirt hat!“

„Und das wird Herrn Schwarz die Erbschaftsgedanken und Aussichten gründlich nehmen,“ sprach mit einem leisen Anflug von Schadenfreude der Anwalt, „denn darauf geht es doch bei ihm nur hinaus!“

Hier wurden sie unerwartet durch den Besuch des Herrn Schwarz unterbrochen. Er begrüßte seinen Onkel mit großer Freundlichkeit, förmlich dagegen den Anwalt, welchen er noch aus früherer Zeit kannte, und sagte sich Ersterem wieder zuwendend:

„Ich komme soeben aus dem Freudenfeld'schen Hause, wo ich der Senatorin Schwarz meinen Besuch machen wollte. Leider ist sie verreist — —“

„Das hätte ich Dir allerdings schon sagen können, Gustav,“ antwortete Herr Werner. „Auch glaube ich kaum, daß sie schon wieder kommt — —“

„Mir scheint, sie muß und bald schon wieder kommen,“ erwiderte mit Nachdruck sein Neffe. „Es herrscht im Hause eine große Aufregung und Verwirrung — —“

„Was mag dort geschehen sein?“ fragte schnell der Greis, während Doktor Horst den Angekommenen, einen stattlichen Mann mit starkgebräunttem, schlauen und entschlossenem Gesicht, aufmerksam beobachtete.

„O, etwas an sich ganz Gewöhnliches,“ entgegnete leichthin der Gefragte, „das aber einen schlimmen Ausgang genommen. Vor gestern Nachmittag oder vielmehr Abend sind die Familien Forster und Freudenfeld von einer Spazierfahrt zurückgekehrt, und zwar während des starken Gewitters, in dem auch ich in meine Baterie eingezogen bin — —“

„Aber davon weiß ich ja gar nichts!“ sprach der Greis. „Karl, der seinen Vetter Johann jeden Tag sieht und spricht, hätte mir das wohl erzählt.“

Sich an Frau Holms, die eben mit Wein und einigen Gläsern eintrat, wendend, fragte Herr Werner, weshalb man ihm die Ereignisse im Freudenfeld'schen Hause nicht erzählt.

„Wir haben sie Ihnen aus guter Absicht verschwiegen,“ entgegnete die Gefragte, „denn Karl wie ich fürchteten, daß Sie sich zu sehr aufregen möchten,“ antworte Frau Holms und entfernte sich wieder.

„Es ist also doch etwas Ungewöhnliches geschehen?“ fuhr besorgt Herr Werner fort.

„Ja, die Pferde der beiden Wagen sind durchgegangen,“ berichtete Herr Schwarz ruhig weiter. „Der eine ist glücklich angekommen, obgleich die Personen darin sich fast zu Tode geängstigt haben; dem zweiten indessen, in dem eine fremde Dame saß, die durchaus hat aussteigen wollen und auch mit Herrn Forster ausgestiegen ist, wurde bei dieser Gelegenheit der Kutscher vom Bock geschleudert, auf dem außerdem noch der junge Forster gesessen. Dieser zweite Wagen ist mit den rasenden

Pferden von den Leuten vor dem Freudenfeld'schen Hause angehalten worden. In diesem Wagen saß die Erzieherin mit den beiden Kindern, ein Fräulein Buschen — —“

„Buchenthal!“ ergänzte sein Onkel.

„Kennst Du sie?“ fragte Herr Schwarz.

„Gewiß, denn sie hat mir ja beigestanden, als ich vergangene Woche auf einem Spaziergang bewußtlos hingefallen bin. Doch fahre fort!“

„Nun Fräulein Buchenthal, die ich wirklich kennen möchte, da sie von der Dienerschaft ungewöhnlich verehrt zu werden scheint, hat sich der Kinder wegen wahrscheinlich sehr geängstigt und ist, nachdem sie mit diesen glücklich angekommen, ohnmächtig geworden und bewußtlos ins Haus getragen worden. Jetzt ist sie von einem hohen Fieber befallen!“

„Großer Gott! was sagst Du!“ rief wahrhaft erschreckt Herr Werner, während der Anwalt heilnehmend hinzufügte: „Das arme Mädchen! Wer aber sorgt für ihre Pflege, da doch die Senatorin abwesend ist?“

„Das vermag ich nicht zu sagen,“ entgegnete Herr Schwarz. „Was ich erzählt, habe ich von einem Bedienten erfahren, dessen Verehrung und Theilnahme für Fräulein Buchenthal mir aufgefallen ist!“

„Er hat dazu auch die gerechte Ursache,“ erwiderte mit einem Nachdruck der Anwalt. „Als Soldat hat er lange unter ihrem Vater gedient, der Offizier gewesen und ihn stets sehr gut gehalten hat!“

„Fräulein Buchenthal ist wirklich beneidenswerth,“ sprach mit leichtem Spott Herr Schwarz.

Vor seiner Abreise schrieb Malietoa an den britischen und amerikanischen Konsul und erklärte denselben seine Enttäuschung darüber, daß er von ihnen keine Unterstützung empfangen habe. Im übrigen herrschte in Samoa vollständige Ruhe.

— Fürstbischof Kopp ist Donnerstag Abend von Fulda nach Breslau abgereist.

— Noch bevor Crispi Deutschland verlassen, hat er einem Interviewer gegenüber einige höchst beachtenswerthe Ausführungen über seine Versprechungen mit dem Fürsten Bismarck gegeben. In einer Unterredung mit einem Vertreter der "Frankfurter Zeitung" Dienstag Vormittag äußerte Crispi, er sei dem Wunsche Bismarcks gefolgt, ihn zu sehen. Ihre Gespräche hätten keine besonderen politischen Ziele zum Gegenstand gehabt. Die römische Frage existirt für uns Italiener nicht; unser Verhältniß zum Vatikan ist immer eine italienische Angelegenheit, in welche sich einzumischen wir Niemandem gestatten. Als ich in Friedrichsruhe die Aufmerksamkeit des Kanzlers auf die hierauf bezüglichen Insinuationen der Zeitungen leitete, lachte jener nicht wenig über diese unsinnige Konjunkturmacherei und meinte, von solchen Dingen könnte zwischen ihm und mir nicht die Rede sein. Auf eine Anfrage über die allgemeine internationale Lage erwiederte Crispi: Italien will nichts Anderes als die Aufrechterhaltung des Friedens und des europäischen Gleichgewichts; zu diesem Zwecke haben wir uns der deutsch-österreichischen Allianz angeschlossen. Italien hat wie alle Staaten Europas allen Grund, ein Vordringen Russlands bis Konstantinopel zu fürchten. Wir können nicht zugeben, daß das mittelländische Meer ein russischer See werde.

— Gegenüber der "Post", welche vor einer Übertreibung der Schutzpolitisches durch nochmals Erhöhung der Getreidezölle warnt, schreibt heute die "Kreuztg.": "Wenn uns u. a. in Büchern angelehner Parteigenossen von einer immer bedenklicher werdenden Stimmung der Bauern im Osten berichtet wird, die nach und nach alles Vertrauen in die Regierung verlieren und sich nach gewissen Leuten umzusehen anfangen, die wir hier nicht näher bezeichnen wollen, so mögen die Gegner daraus erfahren, daß es sich in der That keineswegs um die Not der Großgrundbesitzer allein handelt, ja nicht einmal um diese in erster Linie; der Kleinbesitz gerade ist es, der die Flinten in's Korn zu werfen beginnt und von dem man nicht erwarten darf, daß er, wie es die Großgrundbesitzer ihrer althergebrachten Stellung und Denkwweise nach trotz alledem thun werden, unerschütterlich an den Anschauungen festhält, die er bis jetzt bei den Wahlen betätigt hat. Die Stimmung der bürgerlichen Männer hat oft genug gewechselt; der Idealismus, der in ihnen lebt, ist begrenzt." Also nur die Erhöhung der Getreidezölle, welche nach der Ansicht des preußischen Ministers für Landwirtschaft Dr. Lucius dem bürgerlichen Kleinbesitz nicht zu Gute kommt, kann die Bauern im Osten bei der konservativen Fahne festhalten!

— Die Bestrebungen, welche seit einem Decennium beinahe in allen Kulturstaten die Hebung der Binnenschiffahrt bezeichneten, hatten die Notwendigkeit erkennen lassen, eine internationale Vereinigung zur Feststellung allgemeiner Prinzipien für die Binnenschiffahrt zu

"Sie scheint das Interesse und die Zuneigung aller Menschen zu bejagen, welche ich in dieser Richtung in der Stadt gesprochen habe!"

"Sie wird auch ihre Widersacher haben," meinte der Anwalt.

"Frau Holms soll sich erkundigen, wie Alles sich verhält," sprach jetzt der Greis, der über die traurige Nachricht nachgedacht, "denn ich möchte doch erfahren, ob die Kranke in guten Händen ist!"

Herr Schwarz ging bald. Auch Doktor Horst entfernte sich nach einer Weile mit dem Versprechen, den bewußten Brief an Otto Werner zu schreiben und seinen Besuch baldigst zu wiederholen.

Bierzehntes Kapitel.

Die Thatsachen waren in Wahrheit der Art, wie Herr Schwarz sie geschildert: Johanna Buchenthal lag in hohem Fieber und an ihrem Bett wachten ihre Mutter und Schwester, die Herr Freudenfeld aufgefordert hatte, zu kommen, da die Kranke in ihren Phantasien mehrfach nach ihnen verlangte.

"So verflossen drei angstvolle Wochen im Freudenfeld'schen Hause; die Aerzte — der Hausarzt hatte noch einen zweiten zu Rath gezogen — kamen und gingen ernst und es wagte auch Niemand, sie nach ihrer Meinung zu fragen, las man doch im Voraus ihre Antwort in den niedergeschlagenen Mienen. Herr Freudenfeld war ernster als sonst und beschäftigte sich, wenn er zu Hause war, nur mit seinen Kindern, die, ungewöhnlich still und traurig, immer wieder nach Johanna fragten und mit ihm von ihr sprachen. Jetzt erschienen sie ihm erst recht als mutterlose Waifen. (Fortsetzung folgt.)

schaften. Dieser Gedanke führte zu den internationalen Kongressen zu Brüssel im Mai 1885 und zu Wien im Juni 1886. Durch die Berathungen im Kongress soll das Interesse für die Hebung und Verbesserung der Schiffahrt, für die Schiffsbarmachung der Flüsse und für den Bau künstlicher Wasserstraßen in den weitesten Kreisen wachgerufen, belebt und erhalten, der Nachweis des wirthschaftlichen Werthes der Binnen-Wasserstraßen erbracht werden, und eine gemeinschaftliche Behandlung der einschlägigen bau- und betriebstechnischen Fragen, sowie der Austausch gewonnener Erfahrungen, stattfinden. Als Versammlungsort für den dritten im Jahre 1888 abzuhalgenden internationalen Binnenschiffahrt-Kongress wurde Frankfurt am Main gewählt. Beufs Durchführung dieses Beschlusses ist für die Vorarbeiten eine Organisations-Kommission gebildet worden, welche sich am 24. Sept. d. J. im Saale der Handelskammer unter dem Präsidium des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Miquel konstituiert hat. Das Arbeitsprogramm wurde vorläufig wie folgt festgesetzt: 1) Vervollkommenung der Statistik des Binnenschiffahrtverkehrs. 2) Verbesserung der Schiffbarkeit der Flüsse. 3) Welches sind die geeigneten Fahrzeuge und deren Fortbewegungsmittel auf den dem großen Verkehr dienenden Binnenwasserstraßen? 4) In wie weit sind Seekanäle für den Verkehr ins Binnenland volkswirtschaftlich berechtigt? 5) Nutzen der Schiffsbarmachung der Flüsse und der Anlage von Schiffahrtstanälen für die Landwirtschaft. In das Programm soll ferner die Besichtigung der Hafenanlagen von Mannheim und Mainz mit entsprechenden Vorträgen aufgenommen werden. Als Zeitpunkt des Kongresses ist vorläufig Mitte September 1888 in Aussicht genommen.

— Nach einer Meldung der "Post. Ztg." hätte der in St. Gallen abgehaltene sozialdemokratische Kongress, in welchem die Abg. Singer und Hakenleiter den Vorstand führten und dem 80 Vertreter der Partei bewohnten, den Beschluss gefaßt, die opportunistische Politik der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, die mit anderen Parteien koalitierten und so die Unabhängigkeit und den revolutionären Charakter der sozialistischen Bewegung kompromittierten, zu verläugnen. Die "Kreuztg." gibt sich der Hoffnung hin, daß die Konsequenzen eines solchen Beschlusses für die — Freisinnigen sehr verhängnisvoll sein würden. Wenn wirklich die deutsche Sozialdemokratie den "revolutionären Charakter" der Partei in den Vordergrund schieben sollte, so dürften sie sehr bald die Erfahrung machen, daß der bei weitem größere Theil ihres Anhangs nicht geneigt ist, ihr auf diesem Wege zu folgen.

— Die Sattlermeister beklagen sich darüber, daß die Sattlerarbeiten in den Artilleriewerftäten zu Spandau jetzt in einem Umfang betrieben werden, welcher das Handwerk offenbar benachtheilt. Die Gesellen verlassen die Arbeit des Handwerksmeisters, bei dem sie 18 bis 20 Mark wöchentlich verdienten, und treten bei den Artilleriewerftäten in Arbeit, wo der Wochenlohn 30 bis 35 Mark pro Woche beträgt, so daß die Meister sich auf die ihnen verbleibenden Gesellen beschränken und bei Annahme von Bestellungen einschränken müssen, da sie solche Löhne, wie die Artilleriewerftäten nicht zahlen können. Wenn Gefahr im Verzuge wäre, oder wenn sich um Arbeiten handelte, bei deren Fertigung Geheimnisse zu bewahren sind, so würde das Verfahren der Artilleriewerftäten verständlicher sein. Aber Krieg ist doch zur Zeit nicht in Sicht, und die Herstellung von Kammertgeschirren ist doch kein Geheimnis! Weshalb werden denn die betreffenden Arbeiten nicht im Wege der Submission verdungen und Meistern wie Gesellen ein lohnender Verdienst zugewendet? Die verbliebenen Regierungen haben doch wiederholt in Gesetzesvorlagen und Denkschriften, im Reichstage und in den Kommissionen versichert, wie sehr ihnen das Wohl des Handwerks und der Handwerker am Herzen liegt, und wie sehr sie das Gedanken des Handwerks zu fördern geneigt sind. Was helfen aber dem Handwerk schöne Worte, wenn die Handlungen der ausführenden Organe damit nicht immer im Einklang stehen? Wollten sich aber die Artilleriewerftäten auch auf einen, das Handwerk durchaus ignorirenden Standpunkt stellen und lediglich das Interesse des Fiskus ins Auge fassen, so dürfte doch zu bezweifeln sein, ob die Arbeiten in den Artilleriewerftäten bei Löhnen, die nahezu doppelt so hoch sind, wie die von den Handwerksmeistern gezahlten, billiger hergestellt werden, als wenn sie an die Handwerker verdungen sind. Nicht minder fraglich ist es, ob die Arbeiten in den Artilleriewerftäten besser ausfallen, als die Handwerker sie machen würden; denn es sind ja dieselben Gehilfen hier wie dort, welche sie machen, und die Aufsicht wird doch von dem Handwerksmeister, der kontraktlich verpflichtet wird, nach Probe zu arbeiten, ebenso gut geführt werden, wie von einem Fabrikmeister. In jedem Falle scheint das Verfahren der Artilleriewerftäten schwer zu rechtfertigen.

— Neben Militarismus und Bürgerthum schreibt die "Königliche Volkszeitung": "Am

Ärgsten wirkt die einseitige Förderung des Militarismus in Preußen auf den Verfall der bürgerlichen Gesinnung beim Volke. Die Zeiten, wo der deutsche Bürger seinen größten Stolz darein setzte, Bürger zu sein, werden, wenn die Dinge so weiter gehen, bald vollständig der Vergangenheit anheimgefallen sein. Der jüngste Generation des Bürgerstandes genügt dieser schlichte Ehrgeiz nicht mehr. So wird denn ein Gutsbesitzer, ein Kaufmann, ein Amtsrichter, ein Lehrer, der das Glück gehabt hat, sich ein Patent als Sommer-Leutnant zu erdienen, es niemals unterlassen, seinen bescheidenen bürgerlichen Titel mit dem Zusatz: „und Leutnant der Reserve“ gewissermaßen zu entschuldigen. Ein Handwerker, der „Kamerad“ gewesen ist, bleibt Zeit seines Lebens mehr Kamerad als Handwerker, und dünkt sich oft etwas unendlich Höheres als sein Berufsgenosse, der nicht des Königs Rock getragen hat. Das unter diesen Umständen der Rest der bürgerlichen Gesinnung, die für den modernen Staat die Voraussetzung eines gesunden politischen Lebens bildet, mit der Zeit vollends zu Grunde gehen muß, bedarf wohl nicht erst näher ausgeführt zu werden.

— Die chinesische Regierung hat durch den Chef des Militärbildungswesens preußischen Offizieren eine mehrjährige Anstellung als Lehrer an der Kriegsschule zu Tientsin angeboten. Obwohl die Bedingungen nicht sehr glänzend sind und zunächst Abchied aus der preußischen Armee erforderlich ist, ist das Ge- such der chinesischen Regierung, nach der "Elber. Ztg.", höheren Orts befürwortet worden.

Breslau, 5. Oktober. Wie die "Brs. Ztg." aus Zabrze meldet, erfolgte heute Nacht ein Durchbruch schwimmender Gebirge auf der Guidogrupe in dem sogenannten "Kurzen Werke". Zwanzig Leute sollen verschüttet sein. Bis jetzt ist ein Schwerverwundeter herausgezogen worden.

Ausland.

Belgrad, 4. Oktober. Nach dem jetzt vorliegenden offiziellen Resultat der Neuwahlen für die Skupština gehört der Sieg nicht den Anhängern des Ministeriums Ristic, sondern den Radikalen, die vorläufig allerdings die Regierung unterstützen. Von 142 Gewählten gehören 65 der liberalen (Regierungs-) Partei und 71 der radikalen Partei an. Lange wird voraussichtlich das Einnehmen der Liberalen und der Radikalen nicht vorhalten. Liberale und Radikale sind gleichmäßig russenfreudlich gesinnt.

Rom, 4. Oktober. Der König wird die afrikanischen Expeditionstruppen, ehe dieselben sich nach Massuah einschiffen, in Neapel besichtigen.

Madrid, 4. Oktober. Die spanische Regierung hat jetzt den Bericht des Generalgouverneurs der Philippinen, Generals Torroso, über die Vorkommisse auf der Insel Ponape erhalten. Zum Gouverneur der Insel war ein eifrig katholischer Offizier ernannt worden, welcher den amerikanischen Methodisten-Missionär Deane, der schon 30 Jahre in Ponape lebt, aufforderte, nachzuweisen, mit welchem Rechte er Kirchen, Schulen, Häuser und Pflanzungen errichtet habe. Der Missionär brachte seine Dokumente, der Gouverneur erklärte sie für ungenugend, ließ den Missionär verhaften und an Bord eines Kriegsschiffes nach Manila senden. Dort wandte sich der Missionär an den amerikanischen Konsul und appellirte zugleich an den General-Gouverneur General Torroso. Dieser berief einen Rath, der in Übereinstimmung mit dem obersten Gerichtshofe erklärte, daß der Missionär den von ihm bebauten Grund mit Recht besitze. Der eifrig Gouverneur von Ponape wurde hiernach aufgefordert, nach Manila zu kommen und sich wegen Amtsmißbrauchs zu verantworten. Zwischen hatte die Verhaftung des Missionärs unter den Eingeborenen böses Blut gemacht und als der Gouverneur seine Hülfe (ein zur Wohnung hergerichtetes abgetafeltes Schiff) verließ, wurde er von den Eingeborenen angegriffen und getötet, seine Begleiter verwundet. Die Garnison von 26 Mann kam vom Huk aus zur Hülfe, trieb die Eingeborenen zurück und rettete die Leiche des Gouverneurs und die Verwundeten. Von Manila sind jetzt zwei Kriegsschiffe abgegangen, um die Garnison zu verstärken und die Eingeborenen zu strafen.

Paris, 4. Oktober. Das französische Schiff "La Dives" hat einige kanalische Dörfer auf den Neuen Hebriden bombardirt, nachdem die Eingeborenen französische Ansiedler geplündert hatten.

Brüssel, 5. Oktbr. Betreffs des im nächsten Jahre in Brüssel stattfindenden großen internationalen Wettkampfes für Industrie, Wissenschaft und Kunst unter dem hohen Patronate Sr. Majestät des Königs der Belgier und dem Ehren-Präsidium Sr. Königl. Hoheit des Grafen Philipp von Flandern geht uns folgende Schrift zu: Der belgische Generalkonsul Herr Georg Goldberger in Berlin ist am vorgebrachten Tage von Sr. Majestät dem König Leopold, sowie am selben Tage von dem belgischen Ministerpräsidenten Bernaert in längerer

Audienz empfangen worden. Gegenstand der Verhandlungen beider Konferenzen war die Behebung der deutschen Industrie am nächstmöglichen großen internationalen Wettkampf der Industrie und Wissenschaften. Sowohl Sr. Majestät der König der Belgier, als der belgische Kabinetschef, haben ihrem Generalkonsul zu Berlin die Tragweite des Unternehmens auseinandergezeigt, den Wettkampf im Hinblick auf seine ersten Aufgaben und Ziele empfohlen und denselben beauftragt, alles aufzubieten um eine würdige und stattliche Behebung von Seiten Deutschlands herbeizuführen. Bereits vor Wochen hatte sich das ausführende Komitee an die deutschen Handels- und Gewerbezämmern gewandt, um mit deren Unterstützung die Bildung der Ehrenkomitees in Deutschland vorzunehmen. Eine große Anzahl der genannten Handelszämmern, in deren Büros auch die auffälligsten Dokumente des Unternehmens zur Einsichtnahme offen liegen, hat dem Komitee die auf gewerblichem und sozialem Gebiet hervorragenden Persönlichkeiten der zuständigen Bezirke zur Bildung jener Ehrenkomitees namhaft gemacht. Als solche, bereits mit dem Komitee in Verbindung stehende deutsche Handelszämmern seien diejenigen von Dresden, Hildesheim, Altenburg, München, Königsberg, Stolberg, Bielefeld, Mecklenburg, Ludwigshafen, Meiningen, Heidelberg und Oppeln genannt. Die Organisation der betreffenden Komitees ist nunmehr in die Hände des belgischen Generalkonsuls zu Berlin gelegt und wird aus dem Schoße der zu bildenden Komitees die offizielle Vertretung Deutschlands hervorgehen. Anlässlich des Besuches der Karlsruher Kunstmiedearbeiten-Ausstellung hat sich am 24. d. M. der Erbgroßherzog von Baden in eigener Weise bei dem badischen Delegirten des Wettkampfes, Herrn Wilhelm Verblinger in Karlsruhe, erkundigt und das Generalreglement des Unternehmens entgegengenommen. Wie verlautet, wird die französische Regierung sich offiziell beheben und 1 Million zur Förderung der Sache verwenden. Solche fast unerwarteten Erfolge haben die Leiter des Unternehmens veranlaßt, das an und für sich schon große Terrain durch Anpachtung von 6 Hektaren Bodenfläche zu erweitern, um allen Anfragen genügen zu können. Die Ergänzungsbauten werden sofort in Angriff genommen und zwar werden die Arbeiten des Nachts bei elektrischer Beleuchtung fortgesetzt. — Der in Karlsruhe tagende IV. internationale Kongress der Vereine vom Rothen Kreuz entscheidet unter andern über den Antrag des ausführenden Komitees des Wettkampfes, den von ihrer Majestät der deutschen Kaiserin gestifteten Ehrenpreis von 6000 M. den Theilnehmern am Wettkampf (Grupp: Rothes Kreuz) zu überweisen.

London, 5. Oktober. Aus Tamatave (vom 21. v. Mts.) wird gemeldet, es seien zwischen der Regierung von Madagaskar und dem dortigen französischen Ministerresidenten sehr gespannte Beziehungen eingetreten, der französische Ministerresident hätte seine Flagge eingezogen und Antananarivo verlassen, der bisherige madagassische Minister des Auswärtigen wäre verbannt worden. Aus Paris wird hierüber berichtet, der französische Ministerresident habe ein Gesuch des amerikanischen Residenten Campbell um Erteilung des Equator dem madagassischen Premierminister zugestellt, letzterer habe das Equator auch erhoben, dabei aber außer auf den Protektoratsvertrag mit Frankreich auch auf dessen Beilagen und namentlich auf ein Schreiben Patamiono's an den französischen Admiral Mot Bezug genommen. Der französische Ministerresident habe dagegen formellen Einspruch erhoben, weil dem gedachten Schreiben seitens Frankreichs niemals eine diplomatische Bedeutung beigelegt worden sei und, als sein WiderSpruch erfolglos geblieben, habe der selbe seine Flagge eingezogen und abzureisen gedroht. Nach den letzten Nachrichten aus Tamarike stehe indeß ein Ausgleich zu erwarten. Die Verbannung des madagassischen Ministers des Auswärtigen stehe mit der Angelegenheit in keinerlei Zusammenhang.

Provinziales.

Graudenz, 4. Oktober. Herr Dr. Włodzimierz, bisher Kaplan an der hiesigen katholischen Pfarrkirche, ist an Stelle des Domherrn Neuauer zum Professor am Clerikal-Seminar in Pelplin ernannt worden.

Lautenburg, 5. Oktober. Betreffs der Böge auf der neuen Strecke Soldau-Zablonowo schreibt der "Preuß. Grenzbote": "Unsere langersehnte Eisenbahn hat uns entschieden wesentliche Vortheile gebracht, denn wir erreichen uns billigeren Frachten und bequemerer Reiseverbindungen mit dem Westen unseres Vaterlandes. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß auch ein recht fühlbarer Nebelstand mit Eröffnung unseres neuen Schienennetzes eingetreten. Seitdem der letzte Posthornhall verklang, gelangt nämlich der größte Theil unserer Zeitungen und Korrespondenzen um einen halben Tag später in unseren Besitz. Alle Provinzial-Blätter und auch Berliner Morgen-Zeitung, welche seit

